

Die SPD als Partei des Sozialstaates nahe bringen

SPD-LANDTAGSFRAKTION LUD ZUR KLAUSURTAGUNG

Top-Themen bei der Klausur der SPD-Fraktion mit den Thüringer SPD-Bundestagsabgeordneten waren das Volksbegehren für eine bessere Familienpolitik, die OB- und Landratswahlen im Mai sowie die Föderalismusreform.



In großer Besetzung mit Bundestagsabgeordneten, fand die letzte Klausurtagung der SPD-Fraktion statt.

Der Thüringer SPD müsse es gelingen, die Sorgen der Menschen im Blick zu haben und Konzepte dafür zu entwickeln, wie diese Erkenntnisse in die Arbeit im Landtag und im Bundestag einfließen können. Mit diesem Appell begrüßte Fraktionsvorsitzender Christoph Matschie seine Fraktionskollegen und die Thüringer Abgeordneten der SPD-Bundestagsfraktion. Anfang Februar wurde einen Tag lang im Thüringer Landtag miteinander diskutiert. Die Kommunal- und Landratswahlen bestimmten über weite Strecken die Gespräche. In der Konfrontation mit der Landes-CDU müsse ein Gegengewicht zu deren Politik des Sozialabbaus und der Verunsicherung geschaffen werden. Die CDU-Landesregierung habe einen Problemstau im Freistaat zu verantworten. Hartz IV und die Auswirkungen, das in Vorbereitung befindliche Volksbegehren

für eine bessere Familienpolitik in Thüringen (siehe Seite 3) und die Föderalismusreform auf Bundesebene - dies ist nur ein Ausschnitt der Themenpalette, über die bei der Klausur beraten wurde.

Dr. Gerhard Botz, der seit 2004 im Bundestag sitzt und sich intensiv mit der Föderalismus-Reform beschäftigt, übte Kritik am derzeitigen Stand und den Aussichten des Reformvorhabens: „Die Reform darf nicht in einem Rückfall der Kleinstaaterei enden“, warnte er. Sein Kollege Carsten Schneider, Mitglied im Haushaltsausschuss des Bundestages, kritisierte erneut die nicht sachgemäße Verwendung von Solidarpaktmitteln in Thüringen: „Nur Berlin steht noch schlechter da als wir.“ Hier müsse dringend gegengesteuert werden.

Ende der Fahnenstange ist noch nicht erreicht

Dieser Tage ging die Meldung durch die Zeitungen, dass die ersten Beratungsstellen der Verbraucherzentrale in Thüringen wegen Geldmangels schließen müssen. Auch die Anzahl der Beratungen wird zurückgefahren. Damit bestätigen sich die Befürchtungen der SPD-Fraktion, als bekannt wurde, in welchem Umfang die Landesregierung bei den Verbraucherzentralen kürzt. Statt einer Million Euro wie im vergangenen Jahr gibt es nur noch 750 000 Euro in diesem Jahr, 2007 sind es nur 500 000 Euro. Weniger Beratungsstellen heißt auch weniger Betreuung. Die Erhöhung der Energiepreise, die zunehmende Verschuldung vieler Bürger, aber auch die Lebensmittelskandale der jüngsten Vergangenheit zeigen, wie wichtig eine von wirtschaftlichen und politischen Interessen unabhängige Beratung ist.

Da die Mittel des Landes auch im kommenden Jahr weiter zurückgefahren werden, können auch weitere Schließungen nicht ausgeschlossen werden.

Aus Sicht einer möglichst umfassenden unabhängigen Beratung der Thüringer Verbraucher ist dies nicht zu verantworten. Bereits jetzt reichen die angebotenen Beratungen kaum aus, um den Bedarf zu decken. Noch weniger Angebote werden viele Verbraucher von der dringend notwendigen Beratung ausschließen. Dies widerspricht dem Ziel, die Bürger in die Lage zu versetzen, mit den wachsenden Risiken einer immer stärker geforderten Eigenverantwortung besser umgehen zu können.

DAGMAR BECKER

Verbraucherpolitische Sprecherin

Rechtsextremismus:
Kein Antrag mit der
CDU-Fraktion

Seite 2

Letztes Jahr im
Kindergarten muss
kostenfrei werden

Seite 3

Aus für Familiencard: Kritik von Pelke

Die Abschaffung der so genannten Familiencard durch die Thüringer Landesregierung kritisiert Birgit Pelke, die familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.



Birgit Pelke

„Die Familiencard war von Anfang an ein leicht durchschaubares Wahlkampfmanöver“, sagte Pelke und verwies darauf, dass die Karte erstmal kurz vor der zurückliegenden Landtagswahl, im Februar 2004, ausgegeben wurde. Noch im Mai 2004, kurz vor der Wahl, habe der zuständige Minister Zeh (CDU) gesagt, dass er sich für deren Erhalt einsetzen werde. Davon sei nun keine Rede mehr. Im Gegenteil: Wegen akuten Geldmangels und der höchst umstrittenen, so genannten Familienoffensive streiche die Landesregierung eine vergleichsweise preiswerte Sozialleistung, von der im Freistaat etwa 8000 kinderreiche Familien profitiert hätten. Die Abschaffung der Familiencard sei ein weiterer trauriger Beweis für die familienfeindliche Politik der Landesregierung, sagte Pelke. Sie stehe zudem im Widerspruch zu den Ankündigungen der Familienoffensive, nach der die Familienförderung uneingeschränkt aufrechterhalten werden sollte.

CDU-Fraktion auf dem rechten Auge blind

KEIN GEMEINSAMER ANTRAG GEGEN RECHTSEXTREMISMUS

Angesichts der Feierstunde für die Opfer des Nationalsozialismus im Januar-Plenum bekommt das Nein der CDU-Fraktion für ein gemeinsames Vorgehen gegen Rechtsextremismus ein besonderes Gewicht.

„Wie dürfen nicht warten, bis wir wie in Sachen die Rechtsextremisten hier im Landtag sitzen haben“ - mit dieser Warnung reagierte SPD-Fraktionsvorsitzender Matschie auf die Absage der CDU, gemeinsam mit den Sozialdemokraten eine Strategie gegen Rechtsextremismus in Thüringen zu entwickeln. Vorausgegangen war der Absage die Arbeit an einem gemeinsamen Antrag zur Bekämpfung rechter Tendenzen in Thüringen.



Heiko Gentzel

Aus der CDU-Fraktion waren Christian Köckert und Michael Panse beauftragt worden, mit den Sozialdemokraten Birgit Pelke und Heiko Gentzel an dem gemeinsamen Papier zu arbeiten. Nach wochenlanger Arbeit und der Präsentation

des Entwurfs - den CDU-Fraktionsvorsitzende Lieberknecht für gut befand - kam dann die überraschende Absage der Christdemokraten. In dem Entwurf sei „22 mal von Rechtsextremismus und kein einziges Mal von Linksextremismus die Rede“, so CDU-Fraktionschefin Lieberknecht, deshalb sei das Papier für die CDU-Fraktion nicht tragbar. Von einer „herben Enttäuschung“ sprach CDU-Sozialpolitiker Panse.

Vorerst wurde der Entwurf im Sozialausschuss auf Eis gelegt - der PDS geht der Entwurf nicht weit genug.

Dessen ungeachtet beteuerten die Christdemokraten in einer Feierstunde zu Beginn des letzten Plenums ihren unbedingten Willen, Rechtsextremismus bekämpfen zu wollen. Mittlerweile haben sie einen eigenen Antrag zur Problematik vorgelegt. Allerdings kommt in dem Papier, das dem ursprünglichen gemeinsamen Antrag auf weiten Strecken auffällig ähnelt, das Attribut „rechts“ sehr viel seltener vor.

Innenpolitiker Heiko Gentzel und Fraktionschef haben bereits signalisiert, dass eine Zustimmung so gut wie ausgeschlossen ist.

SPD-Fraktion: Bürgerbeauftragten abberufen!

Eine Frau, die Courage im Umgang mit Rechtsextremen bewies, wurde vom Thüringer Bürgerbeauftragten Wilsdorf abgewiesen. Ein Grund mehr, den Mann aus seinem Amt abberufen, meint die SPD-Fraktion.

„Thüringens Bürgerbeauftragter hat das Vertrauen verspielt und gegen seine Amtspflichten verstoßen. Und er hat dem Ansehen des Freistaates Schaden zugefügt“, kritisiert Christoph Matschie und kündigte einen Abberufungsantrag für die Plenarsitzung Anfang März an. Der Umgang des Landesbeauftragten mit hilfesuchenden Bürgern offenbare eine unerträgliche Amtsauffassung. Das sei nicht weiter tolerierbar.

Laut Medienberichten hat der Thüringer Ministerpräsident kurz vor der Landtagswahl im Juni 2004 die Patenschaft für das sechste Kind einer Familie aus Rippershausen übernommen und diese persönlich besucht. Nach einer Presseveröffentlichung dazu habe eine Bürgerin den Bürgerbeauftragten, Dr. Karsten Wilsdorf, bereits im Juli 2004 in einem Gespräch in Erfurt darüber informiert, dass die Mutter der besagten Rippershäuser Familie „eine Größe in der rechten Szene“ sei. Dabei habe die Bürgerin dem Bürgerbeauftragten ein Flugblatt mit entsprechenden Vorwürfen übergeben. Der Landesbeauftragte teilte der Frau laut Pressebericht mit, dass es ihm nicht möglich sei zu helfen, weil er die „ganze Geschichte ja nicht

nachprüfen könne.“ Auch eine Mitteilung über den Sachverhalt an den Ministerpräsidenten sei unterblieben.

„Dr. Wilsdorf ist seiner Aufgabe als Bürgerbeauftragter offensichtlich nicht gewachsen“, sagt Matschie. Durch Wilsdorf sei der Eindruck entstanden, dass die Thüringer Landesregierung rechtsextremes Gedankengut duldet oder sogar belohnt. Schließlich habe der Bürgerbeauftragte auf den Hinweis einer Bürgerin erklärt, nicht zuständig zu sein und sich geweigert, Informationen zur Prüfung an den Ministerpräsidenten weiterzuleiten. „Solch ein Vorgehen ist ein Fußtritt für couragiertes Handeln der Bürger“, so Matschie.

Eltern von Kindergartenbeiträgen entlasten

SPD-FRAKTION UNTERNIMMT VORSTOSS IN JANUAR-PLENUM: CDU-MEHRHEIT KIPPT ANTRAG WEGEN KNAPPER KASSEN

Wie kann Thüringen familienfreundlicher werden? Die gerade verabschiedete Familienoffensive der der CDU-Landesregierung geht nach Ansicht der SPD-Fraktion in die falsche Richtung.

Die Thüringer Landesregierung solle dem Landtag im laufenden Quartal 2006 ein Konzept zur Beitragsbefreiung während des letzten Kindergartenjahres vorlegen: So lautete der Antrag der SPD-Fraktion im Januar-Plenum.

Eine wahre Nachrichtenflut zum Thema „Absetzbarkeit von Kinderbetreuungskosten“ hatte die Nation im Januar überschwemmt. Während Bundesfamilienministerin von der Leyen mit ihrem Plan in Kritik geriet, dass berufstätige Eltern für Kinder bis sechs Jahre Betreuungskosten ab 1000 Euro von der Steuer absetzen können, nicht aber Alleinerziehende, schlug die SPD eine Absetzbarkeit dieser Kosten ab dem ersten Euro vor.

Für die SPD in Thüringen war die Marschrichtung sehr schnell klar. Neben einem kostenlosen letzten Kindergartenjahr



Ralph Lenkert und Bettina Löbl vom Thüringer Landeselternverband Kindertagesstätten setzen sich besonders für das Zustandekommen des Volksbegehrens ein.

gehe es vor allem darum, die bewährten pädagogischen Standards aufrecht zu erhalten. Bei sämtlichen Plänen dürften die Ergebnisse der Enquetekommission im Hinblick auf die qualitative Weiterentwicklung des Bildungs- und Betreuungs-

angebotes nicht außer Acht gelassen werden, so Birgit Pelke, die familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion.

Qualitativ hochwertiger Bildungs- und Betreuungsangebote in den Kindertageseinrichtungen und die zumindest perspektivisch kostenlose Nutzung seien entscheidende Wettbewerbsfaktoren für den Wirtschaftsstandort Thüringen, sagte Pelke. Die Realisierung dieser Vorhaben sei eine wesentliche Grundlage für die Vereinbarung von Familie und Beruf, für die Sicherung des künftigen Fachkräftebedarfs, für die Innovationsfähigkeit der Thüringer Wirtschaft und für die soziale Integrationsfähigkeit der Gesellschaft. Pelke wies darauf hin, dass immer mehr Bundesländer sich für eine komplette Beitragsbefreiung aussprächen, wie jüngst Rheinland-Pfalz. Der Freistaat Thüringen stehe dabei auch in der Verpflichtung gegenüber den Vorhaben der Bundesregierung.

In der Folge der so genannten Familienoffensive komme es in Thüringen jedoch zur gegenteiligen Entwicklung. Bereits jetzt würden Elternbeiträge für Kindergärten erhöht. Weitere Erhöhungen seien absehbar.

Kindertagesstätten: Uhr für Volksbegehren tickt

Informationen für die Öffentlichkeit über Sinn und Zeitplan des Volksbegehrens „Für eine bessere Familienpolitik in Thüringen“ ist die vordringlichste Aufgabe in der derzeitigen Planungsphase. Darüber informierte Bettina Löbl, die Vorsitzende des Landeselternverbandes Kindertagesstätten, während der Klausur. Eine feste Größe seien dabei die Trägerkreise: Sie seien für die Planung des Volksbegehrens, vor allem aber für die Organisation der Unterschriftensammlungen in den Kommunen unverzichtbar. In einer außerordentlichen Landeselternversammlung im Februar sollen die Eckpunkte des Gesetzentwurfes vorgestellt werden, so Löbl.

Momentan gehe es in dem Trägerkreis, der einen eigenen Gesetzentwurf für das Volksbegehren vorbereite, vorrangig um Fragen der Finanzierung. Eingearbeitet werden sollen aber auch die Themenkomplexe Wahlfreiheit der Eltern, die Situation von behinderten Kindern sowie der Erziehungsauftrag der Kindertagesstätten.

Andreas Räuber vom SPD-Kreisverband Kyffhäuser umriss die Situation in Bad Frankenhausen: Es sei bereits jetzt absehbar, dass durch die Auswirkungen des Familienförderungsgesetzes der Regierung Althaus und den damit verbundenen Kürzungen bei den Kitas extrem steigen werden.

Keine Elite-Uni in Thüringen

SPD-FRAKTIONSVORSITZENDER MATSCHIE FORDERT:
KOOPERATION VON EINRICHTUNGEN PRÜFEN

Im Wettbewerb um die Förderung von Elite-Unis durch den Bund ist Thüringen nicht berücksichtigt worden: Die „Gewinner“ sitzen im Westen Deutschlands.

Im Wettbewerb um die Förderung von Elite-Unis durch den Bund ist Thüringen nicht berücksichtigt worden: Die „Gewinner“ sitzen im Westen Deutschlands.

In einer ersten Reaktion forderte SPD-Chef Matschie mehr Geld für die Hochschulen in Thüringen. Da die Mittel für den Hochschulpakt seit Jahren eingefroren seien, bedeute dies faktisch eine jährliche Kürzung. Matschie machte sich zudem für eine stärkere Zusammenarbeit der Hochschulen in



Christoph Matschie

Thüringen, Sachsen-Anhalt und Sachsen stark. Auch die Landesregierung müsse sich hierfür stark machen.

Matschie, der bis Sommer 2004 Jahre parlamentarischer Staatssekretär im Bundesbildungsministerium war, forderte die ostdeutschen Hochschulen auf, Kräfte zu bündeln statt zu jam-

mern. Auch der Vorwurf, westdeutsche Hochschulen und Universitäten seien von der Jury bevorzugt worden, sei kontraproduktiv. In der deren Entscheidung zeige sich lediglich, dass noch immer ein Vorsprung des Westens vorherrsche.

Thüringen verschenkt erneut Fördergelder des Bundes

MILLIONENBETRÄGE GEHEN WIRTSCHAFTSFÖRDERUNG VERLOREN

Der Freistaat Thüringen hat auch im Jahr 2005 Fördermittel des Bundes für die Wirtschaft im Rahmen der Gemeinschaftsaufgabe (GA) „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ in



Hartmut Schubert

enormer Höhe verschenkt. Das geht aus einer Antwort der Landesregierung auf die parlamentarische Anfrage von Dr. Hartmut Schubert hervor. Insgesamt wurden den Aussagen des Wirtschaftsministeriums zufolge 44,6 Mio. Euro nicht ausgegeben. Bei der Hälfte des Geldes handele es sich um Bundesmittel, die dem Freistaat Thüringen verloren gegangen seien. Damit habe die Landesregierung der Thüringer Wirtschaft in den zurückliegenden vier Jahren insgesamt 270 Millionen Euro vorenthalten - 135 Millionen Euro Bundesmittel verfielen. Schubert kritisierte vor allem die Doppelzüngigkeit der Thüringer Landesregie-

rung. „Immer wieder hatte die Landesregierung in der Vergangenheit die rot-grüne Bundesregierung bezichtigt, nicht genügend Fördermittel bereit zu stellen. Nun offenbart sich einmal mehr, das die Thüringer Landesregierung nicht in der Lage war, das vom Bund zur Verfügung gestellte Geld sinnvoll für das Land zu nutzen“, so der wirtschaftspolitische Sprecher der SPD-Landtagsfraktion.

Schubert bemängelte in diesem Zusammenhang auch die von der Landesregierung erst im Juli 2004 vorgenommene Verschärfung der Förderkriterien. Seit der Januar- Plenarsitzung sei klar, dass diese Verschärfung zurückgenommen werde. „Es war von vornherein absehbar, dass viele Unternehmen aufgrund der neuen Regelungen nicht mehr in den Genuss der Fördermittel kommen würden und dass dadurch Fördermittel des Bundes verloren gehen“, so Schubert. Diesen Effekt habe die Landesregierung aus fiskalischen Erwägungen offenbar bewusst einkalkuliert.

Bildung 21: Besucher können auf Einsteins Spuren wandeln

Auf den Spuren des weltberühmten Physikers und Nobelpreisträgers Albert Einsteins können die Besucher der nächsten Veranstaltung der Reihe „Bildung 21“ wandeln. Der



Rüdiger Vaas

Wissenschaftsjournalist sowie Astronomie- und Physikredakteur Rüdiger Vaas wird am Dienstag, 14. März, ab 19 Uhr diese unterhaltsame Wanderung durch den „Tunnel durch Raum und Zeit“ (Veranstaltungsthema) unternehmen. Vaas, der auch Verfasser mehrerer Bücher ist („Der genetische Code“, „Der Tod kam auch dem All“), befasst sich als Germanist und Philosoph vor allem mit den Spezialgebieten Kosmologie, moderne Physik, Naturphilosophie und Wissenschaftstheorie. Veranstaltungsort ist Lobby des Thüringer Landtags.

Fachtagung zur Ganztagschule

Die SPD-Fraktion ist Mitveranstalter einer Fachtagung zum Thema „Mehr Zeit für Kinder: Von der Stundenschule zur Ganztagschule“ am 18. März im Thüringer Landtag. Gemeinsam mit der Landeselternvertretung, der Gewerkschaft GEW sowie der Fraktion „Die Linke.PDS“ soll das Thema umfangreich beleuchtet werden, so zum Beispiel durch die Arbeit in sieben Arbeitsgruppen und durch Vorträge.

IMPRESSUM

Herausgeber: SPD-Fraktion im Thüringer Landtag.
Jürgen-Fuchs-Straße 1, 99096 Erfurt
Telefon: (0361) 3 77 23 36; Fax: (0361) 3 77 24 17
Internet: www.spd-thl.de

V.i.S.d.P.: Uwe Höhn, Parlamentarischer Geschäftsführer;
Satz: Dirk Malewski; Druck: Druckerei Jäcklein, Erfurt
Redaktionsschluss: 15.02.06

„inform“ erscheint als kostenloses Mitteilungsblatt der SPD-Landtagsfraktion in einer Auflage von 6.500 Exemplaren.

Nicht für Partezwecke und Werbung!